

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der 14 tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern“ und den Beilagen „Die Tribüne“, „Die Kommunistin“, „Der Jungbrot“, „Der Rote Kibel“.

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Gottesberg, Nieder-Hermersdorf, Seltendorf, Neu-Salzbrunn, Weikeln, Wogstern.

Anzeigenpreis: Die 10gepaltene Millimeterzeile ab deren Raum 10 Goldpennige, Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Veranlassungsanzeigen 6 Goldpennige. — Reklamewerke: Die Millimeterzeile 3 gepaltene oder deren Raum im Text 50 Goldpennige

Freitag, 30. Januar 1925.

Abonnementspreis: Bei wöchentlich 8 maligem Erscheinen monatlich 2,25 Pfg. wöchentlich 30 Pfg. Einzelhefte 10 Pfg. — Redaktion und Expedition: Breslau, Traubner Straße 11. — Postfachkonto Breslau Nr. 544. — Fernsprecher: Breslau, Ring 8887.

Provokation der Breslauer Notstandsarbeiter.

Stadtparlament bewilligt 2000 Mark täglich für das Stadttheater. — Magistrat lehnt Fahrgeld für Notstandsarbeiter ab. — Tumult im Zuhorrerraum. — Räumung der Tribünen.

Breslau, 30. Januar.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung, in der die Anfrage der kommunistischen Stadtverordneten über die ungeheuren Mistand bei den Notstandsarbeiten in Leerbeuel, auf die Tagesordnung gesetzt wurde, zeigte wieder einmal die ganze Brutalität der herrschenden Klasse. Während die bürgerlichen und sozialdemokratischen Stadtverordneten nahezu zwei Stunden über das Breslauer Stadttheater debattierten, während sie für dieses Unternehmen für das erste Vierteljahr 1925 die ungeheure Summe von

170 000 Mark.

das für pro Spieltag 2000 Mark bewilligten, hatten sie für täglich wachsende Not der Notstandsarbeiter und Erwerbslosen weder Zeit noch Geld. Stundenlang zog sich die Debatte über die nichtigsten Dinge, die pleite Breslauer Messe, das neue Luftverkehrsunternehmen usw. hin. Erst um 9 Uhr abends kam die Anfrage unserer Genossen zur Behandlung.

Genosse Moser, der dieselbe begründete, schilderte in markanter Weise die Ausbeutung der Notstandsarbeiter durch den kapitalistischen Magistrat. Von 6 Uhr morgens bis sie fahren täglich 16 Kilometer auf ihrer Arbeitsstrecke die schwerbeladenen Karren und arbeiten bis zur vollkommenen nachmittags 8 Uhr sind die Notstandsarbeiter auf den Beinen, larberlichen Erschöpfung. Dafür erhalten sie den Hundelehn von 16,80 Mark pro Woche. Davon gehen noch 25 Pfg. pro Tag für die Straenbahnfahrt nach Leerbeuel ab. Als es an einem Sonntag stark regnete, wurden die Notstandsarbeiter um 10 Uhr morgens nach Hause geschickt, erhielten 2,80 Mark abgezogen und mußten noch aus ihrer Tasche die Fahrkosten bezahlen. Dieser Skandal hat eine ungeheure Erregung unter den Notstandsarbeitern hervorgerufen. Genosse Moser las einen Brief eines Erwerbslosen vor, aus dem die Not und die Verzweiflung der um ihren Arbeitsvertrag gestellten Notstandsarbeiter sprach. Derlei Magistrat, der 2000 Mark täglich für das Stadttheater übrig habe, habe es abgelehnt, einem Beschluß der letzten Stadtverordnetenversammlung beizutreten, nach dem den Notstandsarbeitern das Fahrgeld erhalten werden soll. Die Armen der Armen werden nicht nur in unerhortter Weise ausgebeutet, sondern auch noch von den Schachtmessern sowie von höheren stadischen Angestellten

als Faulenzler beschimpft.

Der Ingenieur Heilig habe sich besonders an Beschimpfungen von Erwerbslosen hervorgetan.

Zustimmungen von den auf den Tribünen anwesenden Notstandsarbeitern und lobhafte Zurufe bewiesen, daß der Genosse Moser die Gefühle der emportren Notstandsarbeiter in rechter Weise zum Ausdruck brachte. Der Vorsteher rügte die Zwischenrufe und drohte in provokierender Weise mit Räumung der Tribüne.

Stadtrat Prescher, der Schwarz-rot-goldene Demokrat erwiderte im Namen des Magistrats. Was sich dieser Herr an Provokationen der Notstandsarbeiter erdreistete, war so ungeheuerlich, daß man die Geduld und die Stuhigkeit der Notstandsarbeiter, welche diese Beschimpfungen ohne Zwischenrufe ertragen, geradezu bewundern muß. Herr Stadtrat Prescher wiederholte die Beschimpfungen des Ingenieurs Heilig, bezeichnete einen großen Teil der jüngeren Notstandsarbeiter als eine wilde Horde und wagte die Behauptung, daß die Notstandsarbeiter nur die Hälfte der Arbeitsleistung anderer Arbeiter vollbringen. Er bestätigte, die Behauptung von dem ungeheuerlichen Abzug an Regentagen, verteidigte den ablehnenden Beschluß des Magistrats in der Frage des Fahrgeldes und lundigte an, daß nur diejenigen Notstandsarbeiter das Fahrgeld erhalten sollten, welche eine Berufsausbildung, die die Kräfte der verelendeten Notstandsarbeiter natürlich übersteigt, aufbringen. Die bürgerlichen Vertreter brachten nach dieser ungeheuerlichen Provokation der Notstandsarbeiter einen Schlusantrag an, der unsere Genossen verhinderte, die Schamlosigkeit dieses Demokraten geforig zu brandmarken. Schließlich wurde Beschlusantrag festgestellt:

Ein Notstandsarbeiter in reiferen Jahren, dem man an Kleidung und Gesicht Hunger und Elend ansehen konnte, rief von der Tribüne aus den fetten Magistratsverordneten zu, daß sie sich einmal in die Lage eines mit 16,80 Mark

besahlten Notstandsarbeiters versetzen sollten und versuchen muten, mit diesem Lohn auszukommen. Verbe Zustimmungen folgten nach diesem spontanen Ruf. Mit blauen Gesichtern und schlotternder Anglizien die kapitalistischen Stadtverordneten nach der Polizei, um die Tribünen räumen zu lassen. Die Notstandsarbeiter sangen die Internationale und unter ungeheurem Tumult ging diese Stadtverordnetenversammlung auseinander.

*

Näheres über die in jeder Hinsicht für den Geist der bürgerlichen und sozialdemokratischen Stadtverordneten kennzeichnenden Verhandlung berichten wir morgen im lokalen Teil.

Heut begnügen wir uns mit der Feststellung, daß die Sozialdemokraten den ungeheuerlichen Beschluß des Magistrats in der Stadttheaterfrage nicht nur zustimmten, sondern noch lebhafter verteidigten als die anderen bürgerlichen Stadtverordneten. Dagegen nahmen die sozialdemokratischen Stadtverordneten schweigend die Mitteilung entgegen, daß der Magistrat es ablehnt, einem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung beizutreten, nach dem die Proletarierkinder in den Kleinkindergarten unter schularztliche Aufsicht gestellt werden sollen.

Auf 20 000 Schulkinder kommt in Breslau ein Schularzt.

Für Anstellung weiterer Schulkrafte ist kein Geld vorhanden. Es ist auch kein Geld da, um 200 Notstandsarbeitern täglich 25 Pfg. Fahrgeld zu vergüten, obwohl diese Summe laut Abrechnung 50 Mark beträgt.

2000 Mark pro Tag aber werden für das Stadttheater bewilligt.

Arbeiter, Erwerbslose, Notstandsarbeiter, wollt ihr diese ungeheure Provokation, diese schamlose Verhöhnung ertragen dulden?

Heute abend um 6 Uhr findet in den Zentralhallen eine Versammlung der Notstandsarbeiter statt.

Werden sich die dort versammelten Arbeiter an das Beispiel ihrer Waldenburger Klassenossen erinnern, werden sie auf der ganzen Linie den Kampf gegen die Provokateure vom Schlage Breichers aufnehmen?

Und werden — fragen wir ferner — die Herren Stadtverordneten den erbärmlichen Mut aufbringen, ihre provokierenden Beschlüsse in jener Versammlung zu verteidigen?

Wir fordern die bürgerlichen und sozialdemokratischen Stadtrater auf, in jener Versammlung zu erscheinen und sich vor den Arbeitern zu rechtfertigen.

550 Millionen der „notleidenden“ Ruhrindustrie.

Ungeheuerliche Enthüllung im Haushaltsauschu.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 30. Januar.

Im Haushaltsauschu des Reichstages gab infolge der kommunistischen Vorwürfe der Ministerialrat Dr. Reichsholt Auskunft über besondere Zahlungen der Reichsregierung an die Ruhrindustrie. Nach Aufgabe des passiven Widerstandes hätten die Ruhrkapitalisten erhalten: insgesamt 550 Goldmillionen, davon die chemische Industrie 50 Goldmillionen, der Braunkohlenbergbau und die Rheinischschiffahrt 45 Goldmillionen, die Hüttenindustrie 35 Goldmillionen. Die Zahlungen seien ohne Genehmigung des Reichstages erfolgt.

Genosse Stodter stellte fest, daß es sich bei diesen 550 Goldmillionen nur um einen Teilskandal handle. Die Anzahlung sei um so ungeheuerlicher, als Stresemann, der damalige Reichskanzler, erklärt habe, die Regierung werde der Ruhrindustrie auf Grund der Wicamvertrage keine Entschädigungen zukommen lassen.

Zwei Anträge der Kommunisten, die der Regierung das Mißtrauen aussprachen und die eine Entschädigung der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Mittelschichten des Ruhrgebiets forderten, wurden abgelehnt.

Druckauspression Deutschlands durch den Grokapitalismus gewacht hat.

Barmannskandal, Ruhrplan, jeden Tag neue Schieungen, neue Korruptionen — wahlich, das sind liebliche Bilder aus der deutschen Republik.

Zuchthausurteile und kein Ende.

27 Jahre Gefängnis für die Siegerländer Kommunisten.

Leipzig, 29. Januar.

In dem Prozeß gegen die Siegerländer Genossen wurde nach viertägiger Beratung des 4. Strafenats des Reichsgerichts das Urteil gefällt. Wegen Verbrechen gegen das Republiklichkeitsgesetz in Verbindung mit Vorbereitung zum Hochverrat und Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz wurden folgende Strafen verhängt: Jüngst 4 Jahre 6 Monate Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe; Schramm 2 Jahre 6 Monate Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe; Brinkshulte 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe; Krämer 3 Jahre 6 Monate Gefängnis und 600 Mark Geldstrafe; Schmid 2 Jahre Gefängnis und 400 Mark Geldstrafe; Heer 1 Jahr Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe; Klopffleisch 2 Jahre Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe; Becker 2 Jahre 6 Monate Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe; Seiler ein Jahr 6 Monate Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe; Windhagen ein Jahr sechs Monate Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe; Kehler ein Jahr sechs Monate Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe; Wittmann 1 Jahr sechs Monate Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe; Fus 1 Jahr drei Monate Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe; Dehald 2 Jahre Gefängnis und 400 Mark Geldstrafe; Lenzel 1 Jahr 4 Monate Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe.

Den verurteilten Genossen, die durchweg seit 15 Monaten in Unterhanghaft saßen, wurden 8 bis 11 Monate Unterhanghaft auf die Strafen angerechnet. Gegen den Genossen Heer wurde der Haftbefehl aufgehoben, weil seine Strafe durch die Unterhanghaft verbust ist. Genosse Fus, Deutschsterreicher, wurde als lästiger Ausländer aus dem Reichsgebiet ausgewiesen.

Am Schluß der Urteilsverhandlung stand Genosse Jüngst auf und rief mit begeistertem Stimm in den Gerichtssaal: „Es lebe die KPD, die 3. Internationale, die Weltrevolution!“

Das Antireihentum an 'Baustelle Schwentzig' 'Vereinigter Baugesellschaft'.

Das Antireihentum bekämpft Rosantie geschlagen und ist ein großer Betrag von Beitrittsgebern verübt worden durch den zweiten Betriebsdelegierten Dr. Dahl. Der erste Betriebsdelegierte, R. Kaller, verlor nach Betriebsposten zu haben. Auch diese Leute werden einst an die richtige Adresse kommen wie Rosantie. Die verheirateten Entlassenen.

Baustelle Krawallen. Dittmar, Wolfsohn & Co.

Im Verzeichnis Weich ist der Schied in die Mitglieder auf den Artikel in der 'Arbeiterzeitung'. Mitarbeiter Weich und der 'Arbeiterzeitung' steht im Zusammenhang mit der 'Baustelle' nicht leben und lockt auf seinen Weg, denn er schreie die erregten Arbeiter. Er ließ den Betriebsrat Metzler einige Stunden suchen. Als Metzler zur Stelle war, hatten die beiden eine große Auseinandersetzung. Nach dem Gehörten erklärte Metzler in der 'Arbeiterzeitung' und ließ einige Brocken fallen, wo man aber fürchten konnte, daß er revolutionäre Arbeiter verraten hat. Danach wurden auch sofort mehrere Arbeiter entlassen.

Arbeiter, protestiert gegen diese Arbeiterverläufer und stellt von der Baustelle, wie es in manchen Betrieben schon passiert ist. Und in Zukunft wünschen wir, daß sich die beiden eine Klausur betriebl. begeben, damit sie nicht sehen, was in Zukunft mit diesen beiden geschehen wird.

Die vielen entlassenen Arbeiter.

Achtung! Genossen Achtung!

Am 1. Februar findet eine Unterbezirkskonferenz in Waldenburg statt. Zeit und Stunde wird noch bekannt gegeben.

An die Ortsgruppen des Bezirks Schlesien.

Am 1. Februar 1925 dürfen die Ortsgruppen nur die von der Bezirksleitung abgestempelten Beitragsmarken verkaufen und verwenden, alle anderen Marken müssen unter allen Umständen bis zum 10. Februar 1925 an uns zurückgeliefert werden.

Alle Zuschriften in Klassenangelegenheiten sowie alle Entscheidungen sind ab sofort nur an den Genossen Artur Müller, Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, zu richten.

Die Bezirksleitung Schlesien der KPD.

Achtung! Genossen! Achtung!

In alle Ortsgruppen!

Es kommen immer wieder Fälle vor, daß Ortsgruppen Briefe und auch Geldsendungen nur an die Bezirksleitung adressieren. Es muß dies unter allen Umständen unterbleiben. Die Post liefert derartige Sendungen nicht aus, es muß deswegen auf allen Sendungen, gleich ob Briefe oder Geld, immer die vollständige Bezirksadresse stehen: Alfred Hamann, Breslau 10, Trebnitzer Straße 50.

Verantwortlich für den gesamten Text: Erich Gluckauf, Breslau, Inhaber: Artur Müller, Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft, O. m. b. H., Breslau. — Druck: Neudag-Berlin, Druckereifiliale Breslau.

Theater

- Opernhaus
- Stadttheater
- Kabarett
- „Die Kommandanten“
- Thalia-Theater
- „Die vier Brüder“
- Schauspielhaus
- „Die vier Brüder“
- Wald-Theater
- „Die vier Brüder“
- Historisches Theater
- „Die vier Brüder“

Filmschau

- Ufa-Theater
- Taunizien-Lichtspiele
- Breslauer Weltbühne
- Ah-Lichtspiele
- Beh-Lichtspiele
- Promenaden-Theater
- Palast-Theater
- Jupiter-Lichtspiele

Arbeitsstube

Arbeitsstube
Arbeitsstiefel
eigene Fabrikation
zu Fabrikpreisen bei
Ucko
Zinkenstraße 9.
Vor einer Treppe
Rabatt.

Jackie Coogan



Sechs Akte.

Im Beiprogramm:
Felix als Kinderfräulein

Flix u. Fax im Tingeltangel
ab Freitag, den 29. d. Mis.

UFA-THEATER

TAUENTZIEN-THEATER

Ab Freitag, den 30. Januar d. J.:

HENNY PORTEN

in

PRATER

Die Erlebnisse zweier Nähmädchen.
Sechs Akte.

Im Beiprogramm:
„Bitte, verhaften Sie mich!“
Groteske in zwei Akten.

Beginn: Donnerstags 4^h, 6^h und 8^h Uhr.
Sonntags 4 Uhr.

Beachtet
unsere
Inserenten!

Lebensmittel-Großhandlung

Max Schönfelder

Breslau 1, Albrechtstraße 56

Auch heute bin ich wieder in der angenehmen Lage, aus der Fülle meines Lagers nachstehende Artikel als ganz besonders preiswert zu empfehlen:

- Feitwaren**
- Garant. rein. Schweineschmalz p. Pfd. Mk. — 88
 - Delikatess-Braten-Schmalz " — 88
 - Grieben-Schmalz " — 98
 - Frischgeräuchert-Rückenspeck " — 110
 - Margarine Pfd. zu — 55, — 60, — 68, — 75 und — 95
 - Corned beef, allerbeste Ware p. Pfd. Mk. — 65
 - Originaldose (6 Pfund engl. Gewicht) 3.40
 - Kokostett in 500-Gramm-Tafeln p. Pfd. — 70
 - Rindertalg " — 68
- Hüsenfrüchte, Gegräupe etc.**
- Linsen, gute p. Pfd. Mk. — 25
 - „ mittel „ — 30
 - „ großenteils „ — 38
 - „ grobe „ — 50
 - Viktoria-Erbisen, gut kochend „ — 22
 - „ geschält „ — 33
 - Weißbohnen, I. a. „ — 24
 - Bruch-Makkaroni „ — 35
 - Bruchreis I. „ — 18
 - Vol. reis „ — 22
 - „ II. Tafelreis „ — 25
 - Kronen-Patna „ — 30
 - Karolinereis „ — 40
 - Hausmacher-Nudeln „ — 28
 - Eiernudeln „ — 45
 - Weizengrieß „ — 28

- Backobst-Artikel**
- Melange-Obst, bekannte gute u. beste Mischungen, das 1. id. zu Mk. — 35, — 50, — 60, — 80, u. 1.—
 - Kalifornische Pflaumen, große, per Pfd. Mk. — 50
 - „ extragrob, „ — 70
 - Bo-n. Pflaumen per Pfd. Mk. — 40 und — 50
 - Kaliforn. Aprikosen p. Pfd. Mk. 1.10 u. 1.40
 - Kranzfeigen, beste per Pfd. — 38
 - Sultan-Feigen, prima prima „ — 50
 - Speckbirnen, große „ — 40

- Kakaopulver**
- Schönfelders' Haushalt-Kakao per Pfd. — 80
 - Konsum- „ — 1.—
 - Puder- „ — 1.20
 - Nähr- „ — 1.40
 - Holländ. Nährkakao „ — 1.60

- Altkaffee-Schokolade**
- | | | | |
|------|------|------|------------------|
| 10 | 20 | 100 | 200 Tfl. à 100 g |
| 2.90 | 5.70 | 28.— | 55.— Mk. |

- Röstkaffee**
- Alle Preise bleiben für sämtliche Marken trotz der gestiegenen Roh-Kaffeepreise unverändert bestehen.

- Spezialitäten:**
- Ede-Mischung per Pfd. Mk. 1.—
 - Karlshader Misch. à la Café „ 2.60
 - Par. Karlsbad „ 2.20
 - Wiener Mischung „ 2.30
 - Schönfelders' Spezial-Misch. gemahl. Kaffee „ 1.30
 - mit Zusatz Marke Waukstein „ 1.20
 - Gerastete Gerste „ — 24
 - Gerasteter Roggen „ — 24

- Wurstwaren**
- Käsesorten**
- zu den billigsten Tagespreisen bei mir einwandfreien, guten und wohlschmeckenden Qualitäten.

- Gemüse- u. Früchte-Konserve**
- Ich bringe nur 1a Qualitäten und stramme Packung zum Verkauf und, um meine Preiswürdigkeit zu beweisen, greife ich nur einige Sorten heraus, die ich wie folgt offeriere:

- Schnittbohnen kg Dose — 75 Mk.
- Stangenschnittbohnen „ — 80
- Wachsbohnen „ — 95
- Gemüseschoten „ — 55
- Brechspargel „ 2.30
- Spinat „ — 55
- Steinpilze „ 1.40
- Apfelmus „ — 75
- Pflaumen mit Stein „ — 75
- Kirschen mit Stein „ — 75
- Mirabellen, Edelfrucht „ 1.40
- Hawai-Ananas i. Scheiben 2.20
- Kalifornische Aprikosen 1.80
- Kalifornische Pflirsche 2.10

u. a. m.
Verkauf und Versand nur Albrechtstraße 56.

Veranstaltungsinhaber.

- 1. 27. 1. 1925. Sonntag, den 26. Januar 1925, abends 8 Uhr. Schauspielhaus der Ufa.
- 2. 27. 1. 1925. Sonntag, den 26. Januar 1925, abends 8 Uhr. Schauspielhaus der Ufa.
- 3. 27. 1. 1925. Sonntag, den 26. Januar 1925, abends 8 Uhr. Schauspielhaus der Ufa.
- 4. 27. 1. 1925. Sonntag, den 26. Januar 1925, abends 8 Uhr. Schauspielhaus der Ufa.
- 5. 27. 1. 1925. Sonntag, den 26. Januar 1925, abends 8 Uhr. Schauspielhaus der Ufa.

Sportnachrichten

1. 27. 1. 1925. Sonntag, den 26. Januar 1925, abends 8 Uhr. Schauspielhaus der Ufa.

Dienstliches Brennholz

1 Satz feingepaltene Holz, frei Keller 1.20 Mk.

1 Satz grobgepaltenes Holz, frei Keller 1.45 Mk.

bei Selbstabholung in der Anzahl 10 Mk. billiger.

Gesund (ca. 33 40 cm Durchmesser) frei Keller 0.55 Mk.

Bestellungen durch Postkarte oder fernspr. Ring 66.1 u. Ring 61 erbe en. Zahlungen nur gegen gedruckte Empfangsbekundigung der Anzahl zu leisten. Aufträge an Besteller sind nicht zu erfüllen.

1 Laden

mit anschließender Wohnung
2 Zimmer und Küche,
Entree — Kabinett
2 Keller — Böden
sowie zu verkaufen.
Zu erfragen bei
Max Lober,
Breslau 9, Fürstenstr. 31 I.

Herren-Garderobe

fertigt preiswert an
Radlewski
Oderstrasse Nr. 14, III.

Prendentische

Blühen,
Handtücher,
Zitronen usw.
empfehl
M. Schreiber,
friedland, Bez. Breslau,
Koschauer Straße Nr. 20.

Einen neuen Leser, Genosse

Schauspielhaus

Schauspielhaus
Schauspielhaus
Schauspielhaus
Schauspielhaus

Stäffia

Mariza

Sie müssen zu

Otto

Meutter

ins

Lieblich-

Theater!

Ab-

schieds-

Abend

Sonnabend,
den 31. 1.

Schlesische

Verlagsgesellschaft

Breslau
Trebnitzer Straße 55

John

er

von John Reet.
Preis: 1.80 Mk.
Brochiert
236 Seiten stark

Jedem

verwärtstrebenden

Arbeiter

sind die

Ankündigungsa

unserer

Buchhandlung

ganz besonders zu empfehlen

Bücherverlag

zur Vereinfachung und billigen Preisberechnung von

Blakaten

Briefbogen

Rechnungen

Flugblättern

Programmen

Eintrittskarten

und alle anderen Druckarbeiten
PEUVAG
Papier-Erzeugung- und Ver-
wechslungs-Gesellschaft
Berlin
Filiale Breslau
Trebnitzer Straße Nr. 50

Wirtschaftliche Rundschau

Pariser Schutzzollpakt des deutschen Schwerkapitals.

E. L. Der „Temps“, die Zeitung der französischen Schwerkapitalisten, veröffentlicht den Vertrag, den am 18. Dezember die deutschen Schwerkapitalisten mit den Vertretern der deutschen Eisenfertigungsindustrie in Paris abgeschlossen haben. Der Vertrag, dessen Inhalt schon bekannt war, dessen Vorhandensein aber die Stinnes-Presse aus guten Gründen bisher abgeleugnet hat, bedeutet den Versuch, zugleich mit dem Abschluß des deutsch-französischen Handelsvertrags deutsche Industrieschutzzölle auf dem Rücken des deutschen und des französischen Proletariats durchzusetzen. Daher ist es begreiflich, daß die Veröffentlichung des „Temps“ den deutschen Montanherzögen und ihrem Anhang sehr unangenehm ist.

Der Hauptpunkt des Vertrags ist die Verwirklichung von Schutzzöllen für die „eisenschaffende Industrie“.

(Übrigens: der Ausdruck „eisenschaffende Industrie“ für die Produktion von Roheisen und Rohstahl ist eine der heuchlerischen Unverschämlichkeiten der Schwerkapitalisten. Die „eisenschaffende Industrie“, das ist die Masse der Feuerarbeiter an den Koksöfen, der Proleten in den Hütten und Gießereien, denen die Luther-Regierung des Schwerkapitals den Achtstundentag durch fröhenliche Verordnungen vorenthält. Die „eisenschaffende Industrie“ der Konzernherren beschränkt sich darauf, die Wucherpreise und die Monopolrenten einzuharsten, die sie aus den Hungerlöhnen und der Ueberarbeit „ihrer“ Arbeiter herauswinden.)

Die Schwerindustrie verlangt nach den Angaben des „Temps“ als Bedingung der Unterzeichnung ihres Vertrages mit der Fertigungsindustrie die Schaffung eines Schutzzolltarifs. Und die eisenbearbeitende Industrie fügt sich dieser Bedingung und liefert damit sich und die ganze mittlere Industrie dem Schwerkapital aus.

Es ist dieselbe Geschichte wie bei den Junkern und den arbeitenden Bauern. Die Junker haben allein den Vorteil von den Hochschutzzöllen auf Brot und Vieh. Die arbeitenden Bauern, denen die Zölle das Saat- und Futtermittel verteuern, haben nur Nachteil davon. Doch die Junker verstehen es, durch Einräumung von Scheinvorteilen die arbeitenden Bauern für ihren Landbund einzufangen. Desgleichen das Schwerkapital. Es verspricht in dem Vertrag der verarbeitenden Industrie Vorteile, damit sie sich für den Hochschutzzoll auf ihr eigenes Rohmaterial auf Roheisen und Stahl, einsetzt.

Als Entgelt für das Eintreten der Fertigungsindustrie für Industrieschutzzölle sagt nämlich das Schwerkapital durch den Mund von Fritz Thyssen, Klöckner und des früheren Wirtschaftsministers der Deutschen Volkspartei von Raumer der Fertigungsindustrie zu:

1. Das Schwerkapital vergütet ihr den Unterschied zwischen den Weltmarktpreisen und den deutschen Inlandpreisen für solche Eisen- und Stahlprodukte, die die Fertigungsindustrie zur Herstellung von Waren für den Export gebraucht. Die Schwerindustrie will also der Fertigungsindustrie für Weltmarktwaren Weltmarktpreise für Rohstahl und Roheisen gewähren. Dafür wird aber für den Inlandsverbrauch sowohl an Rohstahl und Roheisen der durch den Schutzzoll verteuerte Roheisen- und Rohstahlpreis der Fertigungsindustrie in Rechnung gestellt. Und diese wird prompt den inländischen Verbrauchern die Fertigwaren mit dem Zollzuschlag und einem entsprechenden Profit anbieten. Also die Eisenfertigwaren, die in Deutschland von den breiten Massen gebraucht werden, werden auf diese Weise von den Schwerkapitalisten und den Kartellen der Fertigungsindustrie gemeinsam verteuert.

2. Die Schwerindustrie bietet der Fertigungsindustrie an, sich bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich für Minimaltarife einzusetzen, das heißt von Frankreich zu verlangen, der deutschen Fertigungsindustrie besondere Zollvereinstimmungen einzuräumen. Auch das bedeutet wiederum Verbilligung der Weltmarktpreise auf Kosten der Erhöhung der deutschen Inlandpreise. Es ist jedoch klar, daß dieses Versprechen zu erfüllen nicht allein in der Macht des deutschen Schwerkapitals liegt. Es stößt hier auf den erbitterten Widerstand der französischen Fertigungsindustrie. Davon zeugt die Veröffentlichung des „Temps“, die darauf hinzielt, die französische Fertigungsindustrie, die sich durch die deutsche Konkurrenz bedroht sieht, genau so hinter den Waagen des Pariser Hüttenkomitees zu spannen, wie es die deutschen Montankonzerne mit der deutschen Fertigungsindustrie zu tun versuchen.

3. Die Schwerindustrie will versuchen, die Saarfrage aufzulösen, das heißt, das Saargebiet als Rohstofflieferant wie als Warenabnehmer dem deutschen Wirtschaftsgebiet wieder zu gewinnen. Es ist klar, daß auch diese Frage dem Machtbereich des deutschen Schwerkapitals entzogen ist und daß die kapitalistischen Konkurrenzkämpfe, die in den Handelsvertragsverhandlungen wie in den Hochschutzzollbestrebungen der deutschen Großindustrie zum Ausdruck kommen, das unpopulärste Mittel sind, den französischen Imperialismus zu bewegen, die Saarbeute aus seinen Fängen zu lassen.

Hinter diesen ganzen Vertrag, den die eisenbearbeitende Industrie in die Hände der eisenschaffenden gibt, stehen ungesprochen die Angebote, die das deutsche Schwerkapital dem Pariser Hüttenkomitee gemacht hat: nämlich eine Million Tonnen lohnloses Roheisen durch das deutsche Rohstahlkartell abzunehmen. Die Forderung ist die Vollendung der Einkreisung der Fertigungsindustrie durch die Schwerindustrie, denn sie legt die Verteilung der Rohstoffe für die Fertigungsindustrie in die Hände von Krupp, Thyssen und Klöckner beherrschten Rohstahlkartell und unterstellt damit die Fertigungsindustrie dessen Kontrolle. Um dieses hehre Ziel der Aufkonzentration des mittleren Kapitals und dadurch der Durchsetzung fröhenlicher Wucherpreise gegen die breiten Massen zu erreichen, haben die Thyssen u. Co. — wie von der deutschen Fertigungsindustrie — sich vom Pariser Hüttenkomitee die Fünftelrechte für die Erhöhung der Roheisen- und Rohstahlpreise um 50 Prozent erkauft wollen, indem sie ihm die Verbilligung dieser Rohstoffe zugesagt haben. Der Profit, den die Konzernherren sich vor den Industrieschutzzöllen verschaffen, muß also ganz verschluckt sein, wenn sie aus ihm Geld genug herauserschöpfen, um sowohl das französische Hüttenkomitee wie die deutsche Fertigungsindustrie zu kaufen.

Was sagt die deutsche Handelsvertragsdelegation in Paris, die doch dazu beauftragt ist, die Interessen des „Volkes“ wahrzunehmen zu diesen Raubverträgen des deutschen Schwerkapitals? Sie lehnt es ab, sich zu der „Temps“-Forderung zu äußern. Mit diesem Stillschweigen legt sie nur ihre Rolle als Beauftragte des Schwerkapitals bei den Vertragsverhandlungen vor aller Öffentlichkeit fest wie die Aufhebe der Luther-Regierung des Rührerblocks Hochschutzzölle für Junker und Schwerkapitalisten auf dem Wege der Handelsvertragsverhandlungen den deutschen Werktätigen aufzubringen.

Woraus sich wieder ergibt der Kampf der Schutzzölle ist der unerbittliche Kampf aller Werktätigen gegen das Luther-Kabinet als der Herrscher des Großkapitals.

Zu dem Pariser Pakt meldet der „Deutsche Handelsdienst“ eine Stinnes-Anerkennung der von „Temps“ veröffentlichten Vertrag nur ein Protokoll sei, womit die Fristen des Schutzzolltarifs auf die deutschen Werktätigen von den Herren zugeworfen ist.

Die arbeiterteindliche Finanzpolitik der Braun-Regierung.

Der Voranschlag für den preußischen Staatshaushalt des Jahres 1925 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 2,8 Milliarden Mark ab. Das „Gleichgewicht“ konnte freilich nur erzielt werden, indem der Finanzminister auf die Einnahmeseite einen „Ausgleichsfonds“ in Höhe von 417,5 Millionen Mark buchte, der in Wirklichkeit nicht vorhanden ist. Tatsächlich fehlt also für ein Siebtel der Ausgaben noch die Deckung.

Der Finanzminister der verkrachten Großen Koalition glaubt, oder gibt sich den Anschein, zu glauben, daß die Steuererweigungen des Reichs höher sein werden, als im Reichshaushalt vorgesehen ist. Er stützt sich dabei auf den Umstand, daß im Jahre 1924 die Reichsteuern 400 Millionen Mark Ueberschuß ergeben haben. Dieses Ergebnis hat

der Steuerexekutor des Schwerkapitals, Luther,

nur erzielen können durch brutalsten Steuerdruck auf die werktätigen Schichten. Nun ist es sicher ganz ausgeschlossen, daß unter der Reichskanzlerschaft dieses selben Mannes eine Milderung der mörderischen Steuerpolitik eintreten wird. Im Gegenteil. Da Luther den günstigen Abschluß im Reichshaushalt flugs dazu benutzt hat, dem Besitz neue wesentliche Erleichterungen zu schaffen und die Parteien des Schwerkapitals, auf die sich das Bürgerblockkabinet Luther stützt, für sich weitere sehr weitgehende Steuer-Privilegien fordern, wird die bisher schon unerträgliche Steuerlast für die breiten Massen nicht nur bestehen bleiben, sondern noch verschärft werden. Nur eines vergessen Luther und seine Auftraggeber wie seine preußischen sozialdemokratischen Minister bei dieser Rechnung:

Die Lebenshaltung der Arbeiterklasse

ist schon jetzt auf ein Niveau heruntergedrückt, das zu energischen Abwehrkämpfen zwingt. Die im Großhandelsindex sich ankündigenden weiteren Steigerungen der Lebenshaltungskosten; die allgemeine Wirtschaftslage mit fortgesetzt sprunghaft zunehmender Arbeitslosigkeit und die vom Agrar- und Schwerkapital inaugurierte Schutzzollpolitik müssen die Lebenshaltung und damit die Steuerkraft der breiten Massen noch weiter herabsetzen. Weite Kreise des Kleingewerbes und Kleinbauernums sind gleichfalls durch Steuerdruck und wirtschaftliche Not dem Ruin preisgegeben. Dazu kommen, dann noch die zunehmenden Lasten aus dem Dawes-Abkommen.

All das reißt aber ein gewaltiges Loch in die Rechnung Luthers und wirft damit die Spekulation des preußischen Finanzministers über den Haufen. Eine dunkle Ahnung davon hat offenbar auch dem Finanzkürsler Preußens vorgeschwebt. Denn er sagt im Vorbbericht zu seinem Haushaltsentwurf, daß der famose „Ausgleichsfonds“ gegebenenfalls durch

Erhöhung preußischer Steuern

aufgefüllt werden solle. Dabei stößt ihm nur das Unglück zu, zu übersehen, daß die preußischen Steuererwartungen in demselben Maße durch die Reichspolitik und die allgemeine Wirtschaftslage zerstört werden, wie die der Luther-Republik.

Eine Nachprüfung der einzelnen wichtigsten Einnahmeposten des preußischen Staatshaushalts erbringt den schlagenden Beweis dafür, daß

die breiten Massen trotz ihrer elenden Lage die Hauptträger aller Lasten

sind. An Einkommensteuer — davon etwa drei Viertel aus dem

Steuerabzug von Lohn und Gehalt — werden 725,8 Millionen, an Umsatzsteuer 172,8 Millionen, an Hauszinssteuer 544 (1) Millionen erwartet. Außerdem müssen hier 417,5 Millionen hinzugerechnet werden, die aus Reichs- und Staatssteuern zur Auffüllung des „Ausgleichsfonds“ dienen sollen.

Dagegen sollen die Körperschaftssteuer nur 77,8 Millionen, die Kraftfahrzeugsteuer 28,8 Millionen, die Rennwettsteuer 23 Millionen, die Stempelsteuer 10 Millionen und die Steuer vom Grundvermögen 170 Millionen bringen, wobei noch zu beachten ist, daß diese Steuern bis auf einen bedeutungslosen Rest auch auf die breiten Massen abgewälzt werden.

Aus den Forsten werden 152 Millionen, aus den Bergwerken nur 4,5 Millionen Ertrag in Rechnung gestellt. Reich und Gemeinden sollen — wiederum zu Lasten der Werktätigen — 129,5 Millionen zu den Polizeikosten beitragen.

Ein für den preußisch-deutschen Zuchthausstaat überaus charakteristischen Einnahmeposten soll noch besonders hervorgehoben werden: Preußen bezieht aus der ausbeuterischen Beschäftigung der Gefangenen eine Einnahme von 16 Millionen Mark!

Während also die breiten Schichten die Gesamlast des Staatshaushalts zu tragen haben, werden die auf diese Weise aufgebrauchten Mittel vorwiegend zum Unterhalt der ausschließlich gegen die Arbeiterschaft angewandten staatlichen Machtmittel verbraucht.

Die Klassenjustiz

verschlingt 268,5 Millionen, die Polizei 375 Millionen, die Kirche — soweit offen nachgewiesen — 60 Millionen. Daneben sind für allgemeine Wohlfahrt nur 27 Millionen, für Volksgesundheit 7,8 Millionen, für Wohnungs- und Siedlungswesen 47,7 Millionen übrig, die jedoch in der Hauptsache religiösen Vereinigungen, Bauschiebern und ähnlichen fragwürdigen Personenkreisen zufließen. Auch

für Arbeitslose

sind 50 Millionen eingesetzt, doch ist es üblich geworden, diese Summe als eine stille Reserve für den Finanzminister zu betrachten, denn die Arbeitslosen haben in den letzten Jahren nie einen Pfennig aus diesem Fonds erhalten.

Die Proleten müssen daraus die Lehre ziehen, daß sie bis zum äußersten nur zu dem Zwecke ausgepreßt werden, den Herrschenden die Mittel zu ihrer Ausbeutung und Unterdrückung zu liefern.

Die Finanzpolitik der von den Kommunisten weggejagt Severing-Braun-Regierung und ihrer verkrachten Großen Koalition ist genau so arbeiterteindlich, wie es alle ihre übrigen Regierungshandlungen gewesen sind. Trotz aller Liebedienerei für das Großkapital hat sie dabei nicht die Finanzen Preußens sanieren können; der ein Defizit von fast einer halben Milliarde nur verschleierte „Ausgleichsfonds“ ist dafür der schlagende Beweis.

Darum haben die Kommunisten im Preußischen Landtag nur im Interesse der ausgeplünderten Massen gehandelt, wenn sie die Braun und Severing erbarmungslos weggejagt haben. Darum handeln sie weiter nur im Interesse aller Werktätigen, wenn sie die Auflösung des Landtags fordern, damit die Massen den revolutionären Machtkampf mit dem Ziel der Diktatur des Proletariats als die einzige Lösung erkennen, die sie von der Steuer- und Finanzausplünderung des Großkapitals und ihrer sozialdemokratischen Lakaien befreit. Schwenk.

Die AEG-Direktion bekommt Amerika-Kredite.

Die AEG-Arbeiter zahlen die Wucherzinsen.

Die AEG. hat eine Anleihe von 10 Millionen Dollars, 42 Millionen Mark zu 7 Prozent verzinslich, mit einem Ausgabeursprung von 93,75 Prozent, nach 20 Jahren mit 105 Prozent in Newyork zurückzahlen, bei der National City Co. abgeschlossen.

Der leitende Direktor der AEG., Geheimrat Deutsch hat in der Generalversammlung der AEG. vor einigen Tagen die „intimen Beziehungen“ seiner Gesellschaft zur amerikanischen General Electric Company gerühmt. Diese Abhängigkeit des AEG.-Konzerns vom amerikanischen Großkapital wird durch die neue Anleihe nur noch enger.

Die Berliner Arbeiter und Arbeiterinnen der AEG. die heute schon zum Teil nach Ford-Methoden mit Wandertischen ausgeplündert werden, ohne daß sie die geringen Vorteile der Ford-Arbeiter — bessere Löhne und den Achtstundentag — genießen, sind in Wirklichkeit Lohnsklaven des amerikanischen Kapitals. Für das amerikanische Großkapital müssen sie jährlich an 4 Millionen Mark Wucherzinsen herauswirtschaften. Der gute Geschäftsgang der AEG., die ihren Großaktionären reiche Dividenden zusetzt, baut sich auf ihren Hungerlöhnen auf.

Die AEG.-Arbeiter müssen den Kampf gegen die Ueberfremdung, der zugleich ein Kampf gegen die Dawes-Sklaverei ist, führen, indem sie gegen den deutschen Zwischenmeister des amerikanischen Kapitals, der Leitung der AEG., den Friedensreallohn und den Achtstundentag setzen.

Der Siemens-Konzern hat ebenfalls eine 10-Millionen-Dollar-Anleihe bei dem Bankhaus Dillon, Read u. Co. in Newyork zu 7 Prozent Zinsen zum Kurs von 90 Prozent für einen Anteil von 5 Millionen Dollar, der drei Jahre laufen soll, und von 96 Prozent für die zweite Hälfte der Anleihe, die erst nach zehn Jahren fällig werden soll, abgeschlossen.

Als Sicherheit verpfändet Siemens Rohmaterial und Waren womit die Ueberfremdung mittels des Kredits offenkundig wird.

Fünf Milliarden Goldmark Auslandsanleihen, 1268 000 000 Dollar gegen 538 000 000 Dollar 1923, sind 1924 in Amerika aufgelegt worden. Die Deutschland gewährten kurzfristigen, also hochverzinslichen Kredite haben den Betrag von 100 Millionen Dollar erreicht.

Schulte, deutsches Prolet für Dawes und Morgan!

Die chemische Fabrik Kunkel u. Co in Berlin hat sich mit dem Rheinisch-Westfälischer Fabrikanten in Köln vereinigt.

Die Arbeitslosigkeit in Berlin wächst.

Die Arbeitslosigkeit, die für das Reich nach der letzten Zählung um 15,9 Prozent auf 529 000 unterstützte, im ganzen also auf mindestens zwei Millionen Personen zugenommen hat, ist in Berlin auch in den letzten Wochen weiter gestiegen. Vor allem bei den ungelerten Arbeitern im Baugewerbe hat sich die Arbeitslosigkeit erhöht.

Eingetragen waren bei den Arbeitsnachweisen in der letzten Woche 65 328 Personen gegen 63 838 in der Vorwoche. Arbeitslose Frauen gab es 13 039 gegen 14 032.

Die reformistischen Gewerkschaftsführer nehmen die wachsende Arbeitslosigkeit als ein unentrichtbares Schicksal hin. Unvermeidbares Schicksal ist sie aber nur für die, die den Kapitalismus „wieder aufbauen“ und die Dawes-Ketten schmieden helfen. Die Arbeiter, die unter der Führung der Kommunisten die Gewerkschaften dem Klassenkampf zurückgewinnen wollen, die für die Gothaer Forderungen sich einsetzen, überwinden im Kampf gegen den Bürgerblock und die Unternehmerröhen die Arbeitslosigkeit, indem sie die Kontrolle der Produktion durchsetzen.

Eine Verschärfung der Arbeitslosigkeit melden nach dem „Reichsarbeitsblatt“: 30 bis 50 Prozent Mecklenburg-Schwerin (Landwirtschaft), Anhalt (Landwirtschaft), Ende der Rührerblock und beide Linne (Ziegenzucht), ferner die industriellen Staaten Sachsen und Thüringen mit einer Verschlechterung um rund 25 bis 30 Prozent. Unter dem Reichsdurchschnitt von 15,9 Prozent blieben von den wichtigeren Ländern nur Preußen, Baden, Hessen und Hamburg.

Die Arbeitslosigkeit im Bezirk Niedersachsen verschärfte sich auch in der vergangenen Woche. Besonders machte sich dies bemerkbar im Verkehrsgewerbe, bei der Industrie der Steine und Erden sowie im Baugewerbe. In der Metallindustrie ist der Beschäftigungsgrad schwankend und örtlich verschieden.

Das Programm des Leningrader Textiltrusts wird in starkem Maße erweitert werden wegen der ständig wachsenden Nachfrage nach den Erzeugnissen des Trusts. Er wird anstatt für 65 Millionen Goldrubel für 79 Millionen Goldrubel Gewebe herstellen und erhält außerdem die Erlaubnis der Verarbeitung von Baumwolle privater Auftraggeber über sein eigenes Programm hinaus.

Der Zuckerrübenanbau hat sich in Rußland ungewöhnlich ausgedehnt. Während Anfang 1923 140 000 Deßjatinen mit Zuckerrüben bepflanzt waren, wird im laufenden Jahre die Anbaufläche nicht viel unter 350 000 Deßjatinen betragen.

